

Norman Paech: Drohnen-Krieg

Der Antiterror-Kampf ist noch lange nicht gewonnen. Obwohl AlQaida nicht mehr in Afghanistan präsent ist, steht die Bedrohung durch seine zersprengten Glieder in den USA nach wie vor auf der obersten Stufe der Kriegsgründe. Er wird überall dort gesichtet oder auch nur vermutet, wo die strategischen Interessen der USA keine Störung dulden: in Pakistan, Syrien, Sudan und vor allem jetzt am Horn von Afrika, in Somalia und Jemen. Und wenn die neue Doktrin des Friedensnobelpreisträgers Obama lautet, Krieg nur dann, wenn unbedingt nötig, dann erinnert sie eher an die Antwort der Radsportlegende Fausto Coppi auf die Frage, ob er jemals Dopingmittel genommen habe: „Nie - nur wenn es nicht anders ging“. Auf die Nachfrage, wann dies der Fall gewesen sei: „Eigentlich immer“.

Die Ausdehnung des Krieges gegen den Terror auf den afrikanischen Kontinent wird dem Präsidenten durch eine neue Waffe erleichtert, die gerade im Anti-Guerilla-Kampf eine Vielzahl von Vorzügen aufweist, die Drohne. In Pakistan und Afghanistan ist der Einsatz von Drohnen zum alltäglichen, auf jeden Fall effektivsten Kampfmittel durch die USA geworden. Mehr als 3000 Menschen haben sie bisher den Tod gebracht, die Verletzten nicht gezählt. Die Meldungen von der Front tragen immer die gleiche Schrift: Opfer der Raketenangriffe seien Terroristen, Aufständische oder Extremisten der AlQaida oder Taliban - mitunter wird ein „mittel- oder hochrangiger Kommandeur“ getroffen. Namen werden nur in den seltensten Fällen genannt. Vorwürfe, dass es sich überwiegend um Zivilisten gehandelt habe, werden als nicht nachprüfbar zurückgewiesen. Sind die toten Zivilisten nicht zu bestreiten, entschuldigt man sich und zahlt ein lächerliches Totengeld. Die Öffentlichkeit wird durch die vagen Berichte an diese Kriegspraxis gewöhnt, in der es eigene Opfer nicht mehr gibt. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit dieser gezielten Hinrichtungen mit zweifellos vielen zivilen Opfern wird nicht mehr gestellt. In den USA und Israel, den beiden Hauptproduzenten und –nutzern dieses Geräts, wird diese Kriegsführung mit dem Allzweckargument der Selbstverteidigung gegen einen Gegner, mit dem man sich in einem militärischen Konflikt befinde, legitimiert und die zivilen Opfer als Kollateralschäden entsorgt. Endlich scheint man eine Waffe gefunden zu haben, die den Guerillamethoden des Gegners, die man selbstverständlich für völkerrechtswidrig hält, ebenbürtig ist. An ihrer Verfeinerung wird nicht nur in den USA, Israel und Deutschland mit Nachdruck gearbeitet, denn ihre Einsatzmöglichkeiten locken auch andere Staaten mit inneren Problemen.

In den US-Streitkräften konzentriert sich der Drohnenkrieg bei dem Joint Special Operations Command, (JSOC), dem obersten Befehlszentrum für die Spezialtruppen. In Pakistan war es allerdings bisher ausschließlich die CIA, die sich dieser so erfolgreichen und für ihre Krieger gefahrlosen Waffe bediente. Im Jemen war das JSOC aktiv, die CIA erst seit August 2011. Der Jemen ist ebenso wie Somalia ein ideales Testgelände für die Perfektionierung dieses Kriegsgeräts. Seit Jahren durch einen ziemlich unübersichtlichen Bürgerkrieg zerstückelt und gelähmt, gibt es keine staatliche Autorität, die dem beliebigen Treiben ausländischer Geheimdienste eine wirksame Kontrolle entgegensetzen könnte. Nun strebt die CIA danach, ihre Aktivitäten im Jemen ihrem erfolgreichen Wirken in Pakistan anzupassen. Voraussetzung ihrer Erfolge bei der Tötung höherrangiger AlQaida-Kämpfer sind die sog. „signature strikes“, bei denen eine genaue Identifizierung der Opfer nicht gefordert wird. Obama hatte diese weitgehende Ermächtigung, die für das Militär des JSOC gilt, für die CIA im Yemen

wegen der unterschiedlichen Bedingungen untersagt und die CIA auf sog. „personality strikes“ beschränkt. Sie fordern einen eindeutigen Beweis, dass das Opfer im Fadenkreuz der Drohne sich auf der Ziel- sprich Todesliste befindet. Die Anforderung der CIA liegt dem National Security Council auf dem Tisch, das Weiße Haus hat sich noch nicht geäußert. Diskutiert wird nicht nur die Frage, ob jemand, der niemals des Terrorismus verdächtigt wurde, wie der US-amerikanische Sohn des AlQaida-Führers Anwar al-Awlaki, der sich im Ausland aufhielt, ohne gerichtliches Verfahren exekutiert werden durfte. Zwei Journalisten der New York Times, Jo Becker und Scott Shane, haben zudem jetzt aufgedeckt, dass Obama persönlich über diese Liste entscheidet, auf der die Todeskandidaten geführt werden.

Bestritten wird ferner, dass der Präsident ohne den Kongress die geplante Ausdehnung des Einsatzes genehmigen kann. Die Bedenken gehen zurück auf die nur eingeschränkte Ermächtigung des Kongresses an George W. Bush unmittelbar nach dem 11. September 2001. Bush wollte eine unbegrenzte Kriegserlaubnis, „um jeglichen zukünftigen Akten des Terrorismus oder Aggression gegen die Vereinigten Staaten zuvorzukommen oder sie abzuschrecken“. Doch der Kongress ließ sich durch den Augenblick der Schreckens nicht zu einer derartigen Blankoermächtigung verleiten. Denn mit dem vagen Begriff der „Aggression“ hätte der Präsident jeglichen Vorwand für militärische Abschreckungsmaßnahmen ausnützen können, ohne sich ein erneutes Votum vom Kongress holen zu müssen. So begrenzte der Kongress seine Ermächtigung auf den Gebrauch militärischer Mittel gegen Gruppen und Länder, „die an den Terrorakten des 11. Septembers 2001 beteiligt“ gewesen sind. Der Präsident wird gezwungen, sich für jede weitere militärische Unternehmung wieder an den Kongress zu wenden. Wenn Petraeus jetzt um die Erweiterung des Drohneneinsatzes gegen Ziele mit „verdächtigem Verhalten“, die von terroristischen Gruppen kontrolliert werden, nachsucht, fällt das nicht unter die ursprüngliche Ermächtigung. Denn diese Gruppen waren ebenso wenig wie der Jemen an dem Terroranschlag seinerzeit beteiligt. Bruce Ackermann von der Yale Universität zieht daher den Schluss, dass, so ernsthaft die Bedrohung der USA durch die Terrorgruppen aus dem Jemen für die USA auch sein mag, der Präsident jetzt verpflichtet sei, die Zustimmung des Kongresses zu suchen. Konsequenterweise hätte er dies schon vor dem ersten Drohneneinsatz im Jemen tun müssen. Doch damals war der Einsatz entweder nicht bekannt oder niemand forderte die Rechte des Kongresses ein.

Die Nachricht, dass Präsident Obama allein mit seinem Beraterkreis darüber entscheidet, wer auf die Todesliste der Drohnenangriffe kommt, hat die Öffentlichkeit alarmiert. Die USA haben seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr den Krieg erklärt. Wenn der Präsident dennoch Militär einsetzt, um Personen zu töten, so verlange das Gesetz einen öffentlichen Bericht über den Vorgang an den Kongress und eine Zustimmung des Kongresses nach spätestens 180 Tagen. Eine nichtmilitärische Organisation wie die CIA aber könne er unter keinen Umständen zur Tötung ohne gerichtliches Verfahren benutzen. Diese Praxis widerspreche nicht nur eindeutig dem Gesetz, sondern auch den Versicherungen, unter denen Obama angetreten sei: „Seit 9/11 hat die US-Regierung nationale Sicherheitssysteme errichtet, die weder der US-amerikanischen Verfassung noch den Genfer Konventionen entsprechen, die weder nach rechtsstaatlichen Prinzipien noch nach den Regeln des Krieges oder nach Bundesrecht funktionieren, sondern nach einem neuen geheimen System, dass von der Bush-

Administration geschaffen und nun von Obama persönlich geführt wird, dem gleichen Obama, der als Senator diese Regeln verurteilt sie dann aber als Präsident noch ausgedehnt hat,“ beklagt Andrew P. Napolitano in der New York Times.

Obamas Administration schweigt zu diesen Fragen und Vorwürfen. Sie hat nie Details zu den Methoden der Identifizierung von Zielen und Opfern veröffentlicht. Sie kann die Anfrage der CIA ablehnen oder den Kongress um Zustimmung ersuchen. Nichts spricht dafür, dass dieser sie ablehnen würde, zu tief ist die Angst vor dem Terror in der Seele der politischen Klasse verankert.